

Ein Senator gegen alle

Dr. Joachim Lose empfing Kritik und konterte



Das Wasserschutzgebiet in Blumenthal, das einzige in ganz Bremen, soll neu ausgewiesen werden. Dass sich der Blumenthaler Beirat mit einem Beschluss dagegen ausgesprochen hat, berührt Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) nicht. „Die Bewilligung ist längst gelaufen!“ FOTO: RDR

Ein Senator gegen alle

Dr. Joachim Lohse (Grüne) zeigte sich in Blumenthal wenig kompromissbereit

Von Regina Drieling

Blumenthal – „Nochmal“ war eines der Wörter, mit denen Dr. Joachim Lohse am Montagabend wohl am häufigsten einen Satz anfang, um bereits gemachte Ausführungen zu wiederholen. Der Grüne Senator für Umwelt, Bau und Verkehr war Gast in der Sitzung vom Beiratsausschuss für Bau, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung, und viel Spielraum gab es bei seinen Antworten nicht.

Zum Thema „Bauen an der Landesgrenze“ räumte Lohse ein, dass es in der Koalitions-

vereinbarung zwar ganz klar heiße: „Die Binnendüne wird nicht bebaut“. Gleichzeitig sei es Interpretationssache, welches Gebiet gemeint sei und die Binnendüne überhaupt umfasse. Weil es umfassende Baulandreserven gebe, werde das Thema in die nächste Legislaturperiode verschoben. Dann müsse das Gebiet der Binnendüne präzisiert werden.

Auch beim zweiten Thema des Abends, der Neuausweisung des Trinkwasserschutzgebiets, gab sich Joachim Lohse nicht sonderlich kompromissbereit. „Die Bewil-

ligung ist längst gelaufen“, erklärte der Senator, unbeeindruckt davon, dass sich der Beirat jüngst mehrheitlich gegen eine Neuausweisung ausgesprochen hatte. Die Ansiedelung von Betrieben auf dem ehemaligen BWK-Gelände sei durch die Ausweisung nicht gefährdet. Er betonte, man sei gesetzlich beauftragt das Trinkwasserschutzgebiet neu auszuweisen. Im November solle es diesbezüglich noch ein Gespräch mit der Handlungskammer geben, ehe man mit der Deputationsvorlage in den Senat gehen werde, um die Ausweisung zu beschlie-

ben. Der dritte Themenkomplex an diesem Abend betraf das Tanklager Farge. In diesem Zusammenhang brachte der Grüne Umweltsenator die Vertreter der Bürgerinitiative Tanklager einmal mehr gegen sich auf, in dem er sich nicht klar für eine Stilllegung der Anlage aussprach.

Man habe keinen Beleg dafür, dass sich der bereits vorhandene Schaden aufgrund des Betriebs weiter vergrößere oder die Sanierung dadurch behindert werde. Die rechtlichen Möglichkeiten seien zudem außerordentlich begrenzt.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

da der Bund die entsprechende Genehmigung besitze, die man nicht ohne Weiteres entziehen könne. Man habe in den vergangenen 20 Jahren nicht die Spur eines Anhaltspunkts dafür erhalten, dass Schadstoffe in das Grundwasser gelangt seien. Lohse betonte außerdem: „An keiner Stelle in Bremen hat jemand das Recht, sauberes Grundwasser zu fördern.“ Und wenn man das kontaminierte Grundwasser gar nicht erst fördern, dann würden auch keine Schadstoffe an die Oberfläche kommen. Dem Bund als „Störer“ sei es ohnehin im gewissen Umfang vorbehalten, auf welche Art und Weise er saniere.

Die Argumente des Umweltsenators stießen weder bei den Ausschussmitgliedern noch beim Publikum auf Begeisterung. Ralf Schwarz (CDU) meinte: „Sie sind den Bremer Bürgern verpflichtet und nicht den Bundesliegenschaften!“

„Die Menschen in Farge leben auf einer Zeitbombe“, sagte Anke Krohne (Linke), Ausschussmitglied mit beratender Funktion. Sie äußerte den Verdacht, dass bei einem vergleichbare Skandal in Borgfeld oder Schwachhausen wohl schneller gehandelt würde und forderte, dass sich der Senat geschlossen an den Bund wenden solle. Heidrun Pörtner, Sprecherin der BI Tanklager, verglich die Sanierungsmaßnahmen

mit einem Strohalm, der die Schadstoffe abziehen würde. Sie forderte das zeitnahe Auskoffern des Bodens im Bereich des Verladebahnhofs II und die Aufstockung des Personals in der senatorischen Behörde. Anwohnerin Jutta Riegert verwies zudem darauf, dass jeder zur Rechenschaft gezogen würde, wenn beispielsweise der private Öltank leck sei und forderte: „Gleiches Recht für alle!“ Irgendwann reichte es dem Umweltsenator. „Der Grundwasserschaden ist nicht geeignet, um mit Polemik und Demagogie darüber zu sprechen“, sagte Joachim Lohse. Er unterstellte Vertretern der Bürgerinitiative, sie würden die Bevölkerung verunsichern, in dem sie so tun, als wüssten sie mehr als der Senator.

Die neunte Bürgerversammlung der BI Tanklager findet am 5. November, 19 bis 21 Uhr, in der Ev.-ref. Kirchengemeinde Farge, Farger Straße 19, statt. Das Nordwestradio sendet außerdem Donnerstag, 31. Oktober, 15 bis 16 Uhr, live aus der Gaststätte Zum Grünen Jäger, Farger Straße. Im Mittelpunkt der Sendung „Nordwestradio unterwegs“ steht das Tanklager Farge. Im Gespräch mit Behördenvertretern werden Mitglieder der Bürgerinitiative Situation, Ausmaß und Auswirkungen der Umweltkatastrophe diskutieren. Gäste sind zu beiden Veranstaltungen willkommen.